

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden
Adm. & Comp., Nr. 1303

Organ für das weretätige Volk

Verleger: Carl Schönbach, Dresden.
Redaktion: Carl Schönbach, Dresden.
Vertrieb: Carl Schönbach, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen im Druckbetrieb ist es durch eine Ersatz-Druckerei, bei der Verleger der Dresdner Volkszeitung seinen Auftrag auf Vervielfältigung des Blattes überträgt, auf Vervielfältigung des Blattes.

Verlag: Carl Schönbach, Dresden.
Adm. & Comp., Nr. 1303

Verlag: Carl Schönbach, Dresden.
Adm. & Comp., Nr. 1303

Verlag: Carl Schönbach, Dresden.
Adm. & Comp., Nr. 1303

Nr. 137

Dresden, Dienstag, den 16. Juni 1931

42. Jahrgang

Krise in England

Kabinet Macdonald gefährdet

8. London, 15. Juni. (Fig. Drahtf.)

Die Regierung Macdonald erlitt am Montag im Unterhaus eine unerwartete Niederlage. Sie blieb bei der Abstimmung über einen konservativen Zusatzantrag zum Grundwertsteuergesetz mit 208 gegen 232 Stimmen in der Minderheit. Ein großer Teil der Labour-Abgeordneten war trotz den Warnungen der Parteileitung am Montag wegen des Wochenendes nicht erschienen. Der Zusatzantrag, der die Befreiung nicht nur des landwirtschaftlich benutzten Bodens, sondern aller kultivierten Flächen, so z. B. der Stadtgärten, erreichen will, braucht jedoch nicht als grundsätzlicher Streitpunkt angesehen zu werden. Die Regierung entschloß sich daher, die Ergänzung anzunehmen.

steht noch bevor, wenn nicht vorher zwischen den Liberalen und der Regierung über den Ergänzungsantrag der Liberalen Partei eine Einigung erzielt wird. Nach diesem Antrag soll die gleichzeitige Erhebung von Grundwert- und Einkommensteuer beseitigt werden. Bisher haben die Verhandlungen zwischen Liberalen und der Regierung zu keinem Ergebnis geführt.

Die Situation gilt als äußerst kritisch. Der Minister Tom Johnston soll den Ausdruck getan haben, er wette 6 gegen 4, daß Neuwahlen unerlässlich seien.

Jedenfalls sind die sozialistenfeindlichen Tendenzen in der Liberalen Partei in den letzten Tagen stärker und deutlicher geworden, und man sieht vorläufig noch nicht, wie ein Ausgleich möglich sein wird.

Tritt Brüning zurück?

Die Entscheidungen des Dienstags - Bisherige Besprechungen ergebnislos Die SPD. besteht auf ihren Forderungen

Berlin, 16. Juni. (Fig. Junf.) Im Verlauf des heutigen Tages wird die Entscheidung darüber fallen, ob der Reichstag zusammentritt oder nicht. Um 9 Uhr vormittags beginnen die Beratungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, um 1 Uhr mittags die des Reichstagsrats.

Die Regierung ist gegen die Einberufung des Reichstags. Sie hat sich bisher ebenso entschieden gegen den Zusammentritt des Hauptausschusses gewehrt. Sie hat aber zugleich jede Abänderung der Notverordnung im Augenblick abgelehnt.

Die Sozialdemokratie hat seit der Veröffentlichung der neuen Verordnung mehrere Bestimmungen dieses unglücklichen Produkts immer und immer wieder für unmöglich bezeichnet. An dieser Auffassung hat sich nichts geändert. Der Standpunkt der Regierung steht also der Auffassung der Sozialdemokratie schroff gegenüber. Ihre Bemühungen um eine Verständigung, die am Montagabend nach dem negativen Ausgang der offiziellen Besprechungen nochmals einsetzten und in der späten Nacht beendet wurden, führten ebenfalls zu keinem Ergebnis. Vielmehr bemüht sich der Reichstagsrat am Dienstag vormittag noch um eine Verständigung. Tut er es nicht, dann sind die Schlussfolgerungen der Sozialdemokratie aus der augenblicklichen Situation gegeben.

Das Ziel der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist und bleibt, die schlimmsten Mißgriffe der Notverordnung auszumergen oder zu mildern. Da die Reichsregierung in dieser Beziehung bisher jedes Entgegenkommen abgelehnt hat, und der Sozialdemokratie auch in der Nacht zum Dienstag lediglich Appalle anbot.

bleibt nur der Versuch, die notwendigen Änderungen auf parlamentarischem Wege durchzusetzen. Die Frage ist zunächst nur, ob im Plenum des Reichstags oder im Hauptausschuß.

Im Reichstag ist wohl eine Mehrheit für die Aufhebung der Notverordnung vorhanden, aber keine, die mit einiger Aussicht auf Erfolg an ihre Stelle etwas in ihrem finanziellen Ertragnis mindestens Gleichwertiges zu setzen vermag. Das Ziel der Reichs- und der linksradikalen, der Nationalsozialisten, der Destitonalen und der Kommunisten ist die Aufhebung der Notverordnung. Was an ihre Stelle tritt und wie das ungeheure Defizit der Reichshaushalts gedeckt werden kann, schert sie in ihrer Unwissenheit nicht. Dieses Problem, die Notverordnung aufzuheben, ohne für Schwächen darüber zu machen, wie die Schwere finanzielle Not der Reichsregierung, ist die Sozialdemokratie nicht ohne Erfolg zu lösen. Sie will die Notverordnung nicht aufheben, aber sie ist bereit, den Reichstagsrat zu überzeugen, daß sie die Notverordnung nicht aufheben kann, und daß sie die Notverordnung nicht aufheben kann, und daß sie die Notverordnung nicht aufheben kann.

Paktieren mit der rechts- und linksradikalen Opposition gegen die Notverordnung nur unter den äußersten Umständen möglich, d. h. wenn alle Stricke reißen und die Regierungsparteien ebenfalls nicht einsehen, daß sich Brüning und sein Kabinet auf falschem Wege befinden. Wir glauben deshalb, daß sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zunächst zur Erörterung der ganzen Materie, die in der Notverordnung niedergelegt ist, für die Einberufung des Hauptausschusses aussprechen wird. Dort kann im Gegenlag zu den Beratungen des Reichstagsplenums immer noch eine gewisse Sachlichkeit erzielt und eine Annäherung der Fraktionen ermöglicht werden.

Die Regierung hat sich auch gegen die Einberufung des Hauptausschusses erklärt und für den Fall, daß er dennoch zusammentritt, mit ihrer Dimission gedroht. Wird sie dabei bleiben?

Auch das wird sich im Laufe des heutigen Tages entscheiden. Der Reichstagsrat ist über die Situation und insbesondere über die Absichten innerhalb der Sozialdemokratie informiert. Er hat deshalb für heute 10 1/2 Uhr vormittags nochmals den Vorstand der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei zu sich gebeten, um mit seinen politischen Freunden die Situation zu erörtern und sich insbesondere darüber zu entscheiden, welche Haltung das Kabinet nach der Einberufung des Hauptausschusses einnehmen soll. Das Zentrum wird heute im Reichstagsrat gegen die Einberufung des Hauptausschusses stimmen. Wird die Einberufung jedoch beschloffen, und das ist wahrscheinlich, dann dürfte der Vorstand der Zentrumspartei dem Reichstagsrat nach unseren Informationen empfehlen, aus diesem Beschluß mit Rücksicht auf die Wirkungen insbesondere wirtschaftlicher Art keine Konsequenzen zu ziehen. Eine andere Frage ist, was der Reichstagsrat schließlich tut und wie sich das Kabinet entscheidet. Um 2 Uhr nachmittags, nach der Sitzung des Reichstagsrats, werden sie darüber beraten.

Reichstagsrat

SPD. Berlin, 16. Juni. (Fig. Junf.) Der Reichstagsrat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Weitzel, wurde am Montag tags über die Notverordnung nach dem Zusammentritt in die Reichstagsrat gebeten. In Gegenwart des Reichstagsrats, Dr. Weitzel, unterbreitete man Weitzel die Notverordnung in deutscher und englischer Sprache. Weitzel erklärte, er werde die Notverordnung nicht aufheben, sondern sie nur mildern. Er erklärte, er werde die Notverordnung nicht aufheben, sondern sie nur mildern. Er erklärte, er werde die Notverordnung nicht aufheben, sondern sie nur mildern. Er erklärte, er werde die Notverordnung nicht aufheben, sondern sie nur mildern.

Was will der Papst?

Von unserem römischen Korrespondenten

Papst Pius XI. hat am 15. Mal, dem vierzigsten Jahrestag seit Verkündung der Arbeiterencyklika Rerum novarum, eine neue Enzyklika über die soziale Frage erlassen. Sie liegt nun in deutscher Uebersetzung vor.

Im grundsätzlichen Teil der neuen Enzyklika sind die herkömmlichen katholischen Auffassungen vom Eigentum, Klassenkampf, Kapitalismus und Sozialismus stark gelockert. Der Papst erklärt: das Eigentum ist nicht unwandelbar; es hat in der bisherigen Geschichte die verschiedensten Formen angenommen und wird sich auch in Zukunft noch mannigfach verändern. Das ist ein ganz neuer Ton gegenüber der starren Privatigentumslehre. Ueberhaupt meidet der Papst das Wort „Privatigentum“; er sagt stattdessen „Sondereigentum“. Darunter fallen aber alle die Eigentumsformen, die das Verfügungsrecht über Sachgüter auf bestimmte juristische Personen oder Körperschaften begrenzen, mag es sich um individuelles, familiäres, genossenschaftliches, kommunales oder auch staatliches Eigentum handeln. Die Vergeßlichkeit bestimmter Produktionsgüter wird ausdrücklich als berechtigt anerkannt.

„Mit vollem Recht kann man dafür eintreten, bestimmte Arten von Gütern der öffentlichen Hand vorzubehalten, weil die mit ihnen verknüpfte Übergangsrecht ohne Gefährdung des öffentlichen Wohls Privat Händen nicht überantwortet bleiben kann.“

Angefaßt dieser weitgehenden Annäherung an sozialistische Gedanken und Ziele fällt es dem Papst natürlich schwer, die anti-sozialistische Frontrichtung einzuhalten. Er versucht es dennoch, und zwar durch eine Begriffs-Klauselei. Das, was er als Oberhaupt der Kirche nun selbst akzeptiert, nennt er nicht mehr sozialistisch, sondern beansprucht dafür den Namen christlich. Er sagt, solche Bestrebungen haben „nichts mehr an sich“, was mit christlicher Auffassung im Widerspruch stünde, „noch viel weniger sind sie sozialistisch“. Die Sozialisierung ist also nicht mehr sozialistisch, infolgedessen kann ein Katholik, der nichts anderes als die Sozialisierung will, getrost dafür kämpfen. Er muß nur bereit sein, die Sache anders zu nennen, denn „wirklicher Sozialist darf er nicht sein. Das ist die neue päpstliche Begriffs-Konstruktion: die Unterscheidung zwischen „wirklichem“ und „unwirklichem“ Sozialismus. Obwohl das Wort Sozialismus offenbar in einer logischen Verbindung zu „Sozialisierung“ steht, obwohl die sozialistische Bewegung seit jeher die wirtschaftliche Sozialisierung als ihre zentrale Aufgabe vertreten hat, sagt der Papst: Das ist nicht Sozialismus, das darf nicht Sozialismus heißen. Was ich (der Papst) unter Sozialismus verstehe, ist etwas ganz anderes. Nämlich: eine Gesellschaftsauffassung, nach der

„bedenkenslos die höheren Güter des Menschen, nicht zuletzt das Gut seiner Freiheit, gewahrt werden in reiflicher Unterordnung unter die Sachnotwendigkeiten der absolut rationalsten Gütererzeugung.“

Dann ist also Henry Ford Sozialist? Auch Taylor Sozialist sind alle, die heute mit Rationalismen die industrielle Rationalisierung betreiben? Die Sache des Sozialismus, die man jahrzehntelang verhöhnt, bespottet, geschändet hat, wird aufgenommen und in die eigene Anschauungswelt eingebaut versucht. Den Namen aber leugnet man. Man traut den katholischen Arbeitern nicht zu, daß sie der Kirche treu bleiben, wenn sie politisch frei sind. Man will sie politisch binden, in eigenen, kirchlich beeinflussten Parteien und Organisationen festhalten, um sie leichter erreichen zu können.

Wagt der Papst in seiner neuen Enzyklika einen Schritt in alle Wege zu einer Neuordnung der Gesellschaft offen, so ist die praktische Tendenz doch eindeutig auf ein „Korporatismus“, auf eine berufsständische Verfassung gerichtet. Die Erneuerung einer päpstlichen Ordnung ist das gesellschaftspolitische Ziel.

Sozialistische Bewegung

Die Sozialistische Bewegung in Deutschland hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Sie hat sich von einer reinen Arbeiterbewegung zu einer allgemeinen Arbeiterbewegung entwickelt. Sie hat sich von einer reinen Arbeiterbewegung zu einer allgemeinen Arbeiterbewegung entwickelt. Sie hat sich von einer reinen Arbeiterbewegung zu einer allgemeinen Arbeiterbewegung entwickelt.